

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,90 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 2,10 Mk.; durch die Post 2,30 Mk. einzl. Beleggeld; durch unsere Verkäufer auf dem Lande 2,40 Mk. Einzelnummer 10 Pf.

—: Geschäftsstelle: Delgrube 9. —:
—: Fernsprecher Nr. 324. —:

Anzeigenpreis: Für die einpaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., im Anzeigenteil 75 Pf., Chiffreanzeigen und Nachweilungen 20 Pf. mehr. Platzverzicht ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Nahme: 9 Uhr vormittags.

Nr. 27

Freitag den 1. Februar 1918

44. Jahrg.

Der erste planmäßige Luftangriff auf Paris. — Rege Gefechtsstätigkeit in Italien.

Der Streikwahnsinn.

Die Streikbewegung in Groß-Berlin und auch im Reich scheint etwas an Umfang zuzunehmen. Das ist infolge psychologisch erklärlich, als jeder Streikheute bei den Massen auf eine gewisse jugendliche Wirkung rechnen kann. Aber gerade deshalb erwacht für die beruflichen Organe der öffentlichen Meinung, soweit ihnen die Möglichkeiten gegeben ist, zu der Bevölkerung zu sprechen, die erhöhte Pflicht, auf den Maßnahmen der gegenwärtigen Arbeitsbewegungen hinzuwirken. Es handelt sich ja jetzt um gar keine organisierte Lohnbewegung, die politische Demonstration geht von ganz falschen Voraussetzungen aus, und der Beweis dafür, daß die Folge eines allgemeinen Ausstandes der Währungs der Streikenden direkt entgegensteht wäre, liegt fortwährend zwingend klar zutage. Nach außen hin ist der Schaden leider am aller schlimmsten. Andere selbsterfahrenen Brüder müssen ihr unter Umständen mit ihrem Blute bezahlen. Schon hat offenbar der Vorgang in Österreich den Feind an der italienischen Front zu einer neuen Offensive ermutigt, und es ist klar, daß die Kampflust unserer westlichen Feinde eine ungeahnte Steigerung erfährt, wenn sie in der ihnen eigenen Verwertung des deutschen Charakters in der deutschen Streikbewegung den beginnenden Zusammenbruch Deutschlands sehen. Auch die polenpolitischen Bewegungen sind ungünstig durch den Streikwahnsinn beeinflusst worden. Trost muß ja darin geradezu zu etwas wie eine Rechtfertigung seiner Theorie haben, und er wird nur in der Räumungsfrage sich erst recht widerpenflich zeigen; heißt er doch durch ein Gerantrüben des russischen Revolutionärs herbes an die deutsche Grenze um so stärker auf andere Bevölkerung in revolutionären Sinne einwirken zu können. Das sollten sich alle Arbeiter überlegen, und es wird ihnen danach nicht schwer werden, zu begreifen, daß für sie nicht nur eine Pflicht zur Arbeit besteht, sondern daß ihnen auch die höhere Aufgabe erwächst, während auf ihre Kameraden einzuwirken.

Innerpolitisch liegen die Dinge so, daß bei einem allgemeinen Streik nur die Extreme gewinnen. Der tabulierten Sozialdemokratie kann es natürlich nur recht sein, wenn ein freibewegliches Reformen nichts durchgesetzt wird. Ihr Weigen blüht am besten, wenn die Reaktion herrscht, deren Treiben ihnen die Anhänger in Scharen zuführt. Darum ist sie auch für die Entschädigung der ganzen Bewegung von Anfang an tätig gewesen. Die sozialdemokratische Mehrheitspartei hat auf Aufforderung der Streikenden an der Leitung teilgenommen, um Einfluß auf seine Beendigung zu gewinnen. Sie ist nun aber auch verpflichtet, diesen ihren Einfluß in nachdrücklicher Weise geltend zu machen. Es mag sein, daß die Haltung des Staatssekretärs Wallraf, der es ablehnt, mit den Abgeordneten zugleich auch Vertreter der Streikenden zu empfangen, nicht klar und nicht der Situation entspricht. Aber man wird natürlich zugeben müssen, daß für die staatlichen Organe die unbedingte Pflicht besteht, feste Grenzen zu ziehen. Wo diese Grenzen liegen, muß natürlich von Fall zu Fall entschieden werden. Ganz sicher ist, daß die Gegner innerpolitischer Reformen durch die Vorgänge eine außerordentliche Verstärkung ihrer Position erlangen. Gerade darum muß jetzt der verantwortungsbewußte Teil der Arbeiterbewegung mit Hochdruck auf eine Beendigung der Bewegung dringen. Die Dinge liegen ja in keiner Weise schimm. Wenn natürlich in Berlin in einem Betriebsbetrieb 20 Hilfsarbeiter die Arbeit niederlegen, so kann die Leitung nicht ersehen, und wenn auch alle anderen weiter arbeiten. Gerade so liegt es in anderen Betrieben. Dadurch entsteht eine Lückung über den Umfang des Streiks. Allgemeine Pflicht ist es darum, die Unbefähigten zur Vermeidung zu bringen.

Der Weltkrieg

Die Zukunft der deutschen Kolonien nach englischem Bündnis.

Am Schluß der Rede des Generals Smuts in der Geographischen Gesellschaft sagte er über die Zukunft der deutschen Kolonien:

Solange Deutschland keine Anschauungen nicht ändert und sein militärisches System nicht ein für allemal aufgibt, wird der Selbstbehauptungsdrang der übrigen Völker sie veranlassen, dagegen anzukämpfen. Der preussische Militarismus soll weder auf dem Kontinente noch auf dem Ozean geduldet werden. Die eroberten deutschen Kolonien werden als Garantien für die Sicherheit des kommenden Weltfriedens an Deutschland nicht zurückgegeben werden. Diese Ansicht, davon bin ich überzeugt, wird von der großen Masse der jungen Nationen, die die Dominions bilden, geteilt. Diese haben keine militärischen Ziele oder irgendwelchen militärischen Ehrgeiz. Ihr Ziel ist ausschließlich ein friedliches. Sie haben freiwillig an diesem Kampfe teilgenommen und ihrer Mitwirkung ist es in der Hauptphase zu danken, daß das deutsche Kolonialreich vernichtet und somit der Ausdehnung des deutschen Militarismus ein Ende gesetzt wurde.

Man darf die jungen Nationen nicht irritieren, doch sie der Zurückgabe der Kolonien an das mittelalterliche Deutschland zuzulassen. Hinter der Schuchner einer neuen Monroe-Doktrin werden wir eine neue friedliche Welt aufbauen.

Ersuchen Litvlands und Estlands um deutschen Schutz.

Die Stockholmer „Tidningen“ berichtet, erschienen am Montag Vertreter der litauischen und estländischen Ritterschaft und Landeshauptleute der russischen Regierung, der mehrheitlich anerkannt hat, daß die mit Russland vereinigten nicht russischen Gebiete das Recht haben, selbständig ihr politisches Schicksal zu bestimmen und ihre zukünftigen Beziehungen zu Russland zu regeln und sich sogar völlig von Russland loszulösen, und erklären als die verfassungsmäßigen Vertreter von Litvland und Estland, für sich das Recht an Anspruch zu nehmen, mit allen Mächten Verträge jeder Art abzuschließen, geben aber gleichzeitig dem Wunsch Ausdruck in freundschaftlichen Beziehungen zu den Westmächten zu bleiben. In der Begründung heißt es u. a.: In ihrer Entscheidung, sich von Russland zu trennen, stützen sich die Ritterschaften nicht nur auf das ihnen zugehörige unanfechtbare Recht der Vertretung des Landes, sondern auch auf den ungewissheitlich vorhandenen Wunsch des Volkes der von ihnen vertretenen Länder; haben doch die Vertreter aller Stände und Landgemeinden, die auf breiterer demokratischer Grundlage gewählt wurden, am 28. November 1917 die Selbständigkeit Litvlands und Estlands erklärt, auch eine ganze Reihe anderer Körperkationen, Vereine und anderer Organisationen die Lösung Litvlands und Estlands von Russland verlangt.

Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß die litauische und estländische Ritterschaft und Landeshauptleute in voller Übereinstimmung mit den Wünschen der örtlichen Bevölkerung handelte, indem sie die Selbständigkeit Litvlands und Estlands erklärte. Sie zweifelte nicht daran, daß die republikanische Regierung Russlands, die das freie Selbstbestimmungsrecht aller mit Russland vereinigten nicht-russischen Völker anerkannt hat, ihren Prinzipien treu bleiben und es nicht ablehnen werde, den unumkehrlichen Beschluß der Lösung Litvlands und Estlands anzuerkennen. Die wiederholten Rechtsbrüche seitens der gestörten Selbstherrlichkeit und die zahlreichen Verletzungen der Landesrechte, die von der republikanischen Regierung Russlands zugelassen worden sind, haben das Land in eine verwickelte Lage gebracht und es der Möglichkeit beraubt, sein staatliches Geschick frei zu regeln. Die gesetzlichen Vertreter des Landes sind daher gezwungen, sich auswärts nach Schutz umzusehen und Garantien für ihre Landesrechte zu suchen. Die lit-

auische und estländische Ritterschaft hat deshalb den Beschluß gefaßt, sich mit der Bitte um Schutz an das Deutsche Reich zu wenden, was sie hiermit dem Vertreter der russischen Regierung mitteilen. Dieser Beschluß ist gleichzeitig mit der Abgabe der vorliegenden Erklärung zur Kenntnis der deutschen Regierung gebracht worden.

Von der Westfront

Wegen keine besonderen Nachrichten vor.

Der Luftkrieg.

Zum neuesten Angriff auf London

Meldet Reuter am 31. Januar: Feindliche Flugzeuge überflogen Dienstag 311 Uhr die Küste von Essex und Kent, einige der letzten eine Stunde später bis London vorzudringen, was ihnen nicht gelang. Nur auf einige Außenposten der Hauptstadt konnten sie Bomben abwerfen. Die Luftangriffe waren bei der Abfertigung dieses Berichtes noch im Gange. Bei dem Angriff am Montag wurden 14 Männer, 17 Frauen, 16 Kinder getötet, 93 Männer, 59 Frauen und 117 Kinder verwundet, alle mit Ausnahme eines Toten und 7 Verwundeten in der Hospitalität. Der militärische Schaden ist nicht bekannt. In London sind große Mengen, die vor dem Angriff einen Luftschutzort suchten, totgebracht.

Weitere meldet Reuter am 29. Januar:

Geiern hat ein Luftangriff stattgefunden, der länger als alle bisher ausgeführt war. Er dauerte 40 Minuten, bröckeln fünf Stunden bei hellem Mondlicht, wolkenlosem Himmel und Windstille. Das Geschick der Luftangriffe war trotz des Anhaltens der Nachtungsabwehr deutscher als gewöhnlich und nur die Fortdauer der Tätigkeit der englischen Flieger, die mit den Angreifern kämpften, veranlaßte Paulen von westlicher Dauer. Denn drach das Feuer wieder von neuem aus, wenn wieder eine neue Gruppe von Maschinen erschien.

Auf den übrigen Land-Kriegsschauplätzen

haben sich keine größeren Kampfhandlungen abgespielt.

Über die schweren Kämpfe in Italien berichtet die österreichisch-ungarische Heeresleitung im Sinne des deutschen Heeresberichts.

Die russische Pressekorrespondenz meldet: Einheiten der Petersburger Garnison angehörenden Soldaten armenischer Nationalität sollen nach Tüschisch-Armenien abtransportiert werden. Die walisische Regierung beschließt, die russischen Truppen aus Tüschisch-Armenien zurückzuführen.

Vom Seekriege.

Neue staatl. U-Boot-Vente.

Reuter meldet am 31. Januar:

Der Transportdampfer „Aragon“ (9588 Br.-Reg.-T.) (Royal Mail) wurde am 30. Dezember 1917 im östlichen Teile des Mittelmeeres torpediert und zum Sinken gebracht. Ein britischer Torpedojäger wurde, als er damit beschäftigt war, die Überlebenden aufzusuchen, ebenfalls torpediert und versenkt. Wie bereits im Communiqué vom 7. Januar mitgeteilt wurde, ist das Hilfskreuzschiff „Desmanter“ (401 Br.-Reg.-T.) (Royal Mail Co. Comp.) am 31. Dezember 1917 an ungefähr derselben Stelle auf eine Mine gelaufen und gesunken. Mit dem Dampfer „Aragon“ sind 4 Schiffsoffiziere, darunter der Kapitän, 15 Mitglieder der Besatzung, 10 Armeesoldaten und 34 Mann aus Leben gekommen; mit dem Dampfer „Desmanter“ 3 Schiffsoffiziere, darunter der Kapitän, 21 Mitglieder der Besatzung, 1 Armeesoldat und 166 Soldaten und 8 Pflegefrauen. Von diesen beiden Schiffen war in der Unterhaushaltung vom 29. Januar die Rede.

Reuter meldet aus London am 31. Januar: Die britische Admiralität teilt mit: Das bewaffnete Geleitschiff „Mechanician“ wurde torpediert und ist dann am 20. Januar im Kanal gesunken. Es wurde vollständig versenkt. Drei Offiziere und zehn Mann kamen um.

Ein Jahr uneingeschränkter U-Boot-Krieg.

Am 1. Februar ist ein Jahr verfloßen seit dem Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges. Wieder wird der Vorwurf laut, daß er früher hätte einsehen sollen, daß wir zu lange mit der vollen Anwendung dieser Waffe gewartet haben. Solchen Behauptungen tritt einer der eifrigsten Wortkämpfer der U-Bootwaffe von ihren Kindertagen an, Vizeadmiral A. D. von C. Carl Galster, auf Grund seiner eigenen Sachkunde mit einwandfreien Gründen entgegen. Er beantwortet in der „Silse“ die Frage: War es richtig, die scharfe Form des U-Boot-Krieges bis zum 1. Februar 1917 hinauszuführen, mit einem bedingungslosen Ja. Ebenso offen und entscheidend gibt er der Ansicht Ausdruck, daß wir mit dem scharfen U-Boot-Krieg in nicht zu ferner Zeit England zum Frieden nötigen werden. Dr. Galster hebt hervor, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg insofern zweischneidig ist, als er sich nicht führen läßt, ohne daß die neutralen Seemächte sich in Mitleidenschaft gezogen und dadurch mehr oder weniger zu Gegnern gemacht werden. Der Staatsmann war daher verpflichtet, das Für und Wider beim uneingeschränkten U-Boot-Krieg sorgfältig abzuwägen, während der Seeräuber für die möglichst ausgiebige Wirkungsweise seiner Waffe eintritt, ohne die Folgen auf politischem Gebiet voll in Rechnung zu ziehen. Die Stimmen, die das Hinauszögern des uneingeschränkten U-Boot-Krieges nicht billigen, haben sich nach Ansicht von Dr. Galster in sehr wesentlichen Punkten geteilt: „Sie hatten fast ausnahmslos keine Ahnung davon, wie es mit der Zahl unserer U-Boote, ihrer Verwendbarkeit und ihrem baldigen Nachwuchs bestellt war. Sowohl ihre Abschreckungstheorie bezüglich der neutralen Schifffahrt wie ihre Annahme von dem schnellen Niederrücken Englands haben sich als überpannig erwiesen.“ Dabei wird der U-Boot-Krieg heute mit erheblich härteren Mitteln geführt, als 1915 und 1916 zur Verfügung standen.

Dr. Recht hebt Galster die Gründe hervor, weshalb am 1. Februar 1917, als der uneingeschränkte U-Boot-Krieg einsetzte, für uns die Verhältnisse sowohl politisch wie militärisch ganz bedeutend günstiger lagen als in den beiden vorhergehenden Jahren. Und weshalb die Gefahr der Feindschaft Nordamerikas eher in den Kauf genommen und mit einem schnelleren und durchschlagenderen Erfolg des U-Boot-Krieges als früher gerechnet werden konnte:

1. Durch die kräftige Wiedererholung Rumaniens im Herbst 1916 war für die kleineren neutralen Staaten ein abschreckendes Beispiel geschaffen worden, sich den Entente-mächten anzuschließen.

2. In Nordamerika war über den „Lusitania“-Fall etwas gemindert und gegen England im Zuge von Interventionen eine Stimmung entstanden, auch das Ansehen Englands durch den Beschluß des Darbanellen- und Salonikiunternehmens gestärkt.

3. Das deutsche Friedensangebot im Dezember 1916 war scharf abgelehnt worden. Die Anwendung des scharfen U-Boot-Krieges erhielt dadurch eine neue moralische Stütze, zumal dieser Krieg das einzige Mittel war, um England zu einem ehrenvollen Frieden willig zu machen und die Menge der Vintopfer auf das geringste Maß zu beschränken.

4. Infolge einer schlechten Weltgetreideernte versprach die Aufnahme des scharfen U-Boot-Krieges im Februar 1917 besonders wirksam zu werden.

6. Die Zahl der deutschen U-Boote war inzwischen gewachsen und der Neubau härter als früher in Angriff genommen.

Dr. Galster kommt deshalb zu dem Schluß, daß die verantwortlichen Stellen das Richtige getroffen haben, wenn sie im Frühjahr 1916 den scharfen U-Boot-Krieg hinausführten. Mit ihm werden wir jetzt in nicht zu ferner Zeit England zum Frieden nötigen. In diesem Sinne stimmen mit Dr. Galster alle Freunde des uneingeschränkten U-Boot-Krieges sowie alle früheren Gegner heute rückhaltlos überein. Möge dieser Tag des vollen Erfolges des U-Boot-Krieges recht bald kommen.

Die Vorgänge in Rußland.

Der Friedenswille der Konstituante.

Die 495 Abgeordnete umfassende sozialistische Fraktion der aufgelösten Konstituante hatte folgende Erklärung vorbereitet: „Ansluß an den Frieden; die Bolschewiki vermöchten nicht, den Frieden zu erlangen, sie öffneten nur dem Feinde die Front. Wir werden alles anstreben, Rußland vor einem neuen Aufblatzen des Krieges zu bewahren. Nur die Konstituante ist befähigt, einen allgemeinen demokratischen Frieden anzubahnen. Wir werden der Konstituante vorschlagen, bevollmächtigte Vertreter zu entsenden zu Verhandlungen über für alle Kriegsführende annehmbare Bedingungen eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Sieger und Besiegte.“

Der Zentralausschuß der Sowjets und der linke Flügel der sozial-revolutionären Partei genehmigten eine neue politische Richtlinie, nach der zunächst weder Krieg geführt noch Frieden geschlossen werden solle. Die Getreide-, Lebensmittels- und Kohlenzufuhr nach Petersburg koste immer noch.

Es liegen härteste Kämpfe bevor.

Der oberste Seerführer der russischen Flotte, General Antonow, hat den Seerführern der Nordarmee fol-

gende Aufforderung übermittelt: 1. Bahntreide über Moskau ist überläßt, führt die Truppen über Bessarab. 2. Sendet ein Eisenbahn-Bataillon. 3. Schift von der Front alles zurück, was ihr zurückziehen könnt, uns stehen härteste Kämpfe bevor.

Notiz über den Zerfall des Heeres.

Die russische Presse veröffentlicht ein Telegramm des Generals Benisch Brjewitsch, Stabschef des Oberkommandos, des wörtlich lautet:

Vollkommene Mangelhaftigkeit. Viele Frontteile sind entfallen. Auf der Westfront kommen auf den Rest nur 160 Bataillone. Die Rekruten lösen die Kameraden in den Schützengräben nicht ab. Eine ungeheure Zahl erfahrener militärischer Vorkämpfer ist bei den Wahlen ausgeschieden. Der jetzige Bestand an Soldaten ist ohne Erfahrung, Stab und Behörden werden in Kürze zu arbeiten aufhören, da niemand mehr arbeiten kann. Generalsstabs-offiziere sind nicht vorhanden. Die Arbeitsbedingungen in den Städten sind entsetzlich. Wirtschaftlich verfallend, die Disziplin der Truppen ist nicht mehr. Ordnung im Heere gibt es nicht mehr. Befehle werden nicht ausgeführt und Desertionen finden massenhaft statt. Beurlaubte kehren nicht zurück. Der Zusammenhang ist an vielen Stellen zerfallen, der Bestand an Heerden fast vernichtet. Die Besatzungen der Festungen sind zerfallen. Die Disziplinverhältnisse sind zur Erschütterung der Bevölkerung und des Handels entfernt. Einen Angriff des Feindes auszuhalten, ist unmöglich. Die einzige Rettung des Heeres ist der Rückzug hinter natürliche Grenzen.

Zwanzig Kosakenregimenter erhoben sich gegen Kalebzin und beschloßen, die gesamte Gewalt in der Donesch an sich zu ziehen. Sie benutzten sich der Wohnhöfe Juwarow und Bichaja und nahmen 18 Mitglieder von Militärorganen fest.

Die schweren Kämpfe mit den Ukrainern.

In der Nähe von Nikitowo entbrannte zwischen Kalebzin und Bolschewiki eine neue Schlacht. In Brailow und Kozjetyn hatten die Bolschewiki eine Schluppe. Die Ukrainer haben Reaktion bekämpft. In Ebatrow slow dauert der Kampf schon den fünften Tag zwischen den Bolschewiki und Ukrainern. Die Ukrainer haben die Oberhand. Das Weißruss-Regiment konnte die Waffen und will gegen Kalebzin nicht kämpfen. Die Bolschewiki sollen 8000 Tote und mehrere Tausende Gefangene verloren haben.

Der maximalistische Volksbeauftragte für nationale Angelegenheiten gibt bekannt, daß die Volksbeauftragten mit der Abwehr der Ukrainer nicht weiter verhandeln würden. Der einzig mögliche Weg sei der unarmierte Kampf mit der Waffe, bis die ukrainischen Sowjets siegreich seien. Friede und Ordnung könnten in der Ukraine nur herrschen, wenn die Herrschaft der Bolschewiki über die Ukraine durch die ukrainischen sozialistische Arbeiter der Sowjets, deren Kern schon in Charkow gebildet sei. Wie gemeint werde, mobilisierten die ukrainischen Bolschewiki ihre Streitkräfte. Eine allgemeine Schlacht bei Kiew sei in einigen Tagen zu erwarten. Der rumänische Konflikt mit den Offizieren seien in Kischinew verfaßt worden.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Die Fraktion der Sozial-Revolutionäre der Linken hat aus dem die Werbung erhalten, daß das Generalsekretariat der ukrainischen Wada zurückgetreten ist. Das neue Sekretariat wird aus Vertretern der revolutionären Linken und der Bolschewiki gebildet werden. In Verbindung mit dem Rücktritt des Generalsekretariats werden auch die Vertreter der Wada in Brj. Litzumf durch andere ersetzt werden. Die Befestigung dieser Meldung wird abzuwarten sein.

Über die Kämpfe in Finnland

liegen folgende neuen Nachrichten vor: Nord in Finnland und die baltischen Landes- teile befinden sich in den Händen der bürgerlichen Garde. In mehreren Städten Nordfinlands sowie in dem kriegsbelagerten Waja wurde die gesamte russische Garnison gefangen genommen. Die Bewaffnung der Bürgerwehr und der Landbesitzermacht macht Fortschritte.

Die Times' melden aus Petersburg: Der Aufbruch der Roten Garde in Finnland bewog, eine finnische Regierung der Sowjets einzuführen. Kanonen und Bewaffnete sind von Petersburg nach Finnland abgeschickt worden, um die Rote Garde zu unterstützen.

Die Lage in Madonowost.

Der Pariser „Herold“ meldet aus New York: In den Häfen Madonowost sind vier amerikanische Kriegsschiffe eingelaufen. Der „Reit Pariser“ er- klärt, die amerikanische Regierung hat die japanische Konsulats- und mehrere japanische Niederlassungen besetzt. Zur wirtschaftlichen Erschließung Ostasiens ist in Tokio unter Leitung der japanischen Staatsbank eine ostasiatische Handelsbank gegründet worden.

Politische Übersicht.

Frankreich. Gestern fand in Versailles die erste Sitzung der Alliiertenkonferenz unter Clemenceaus Vorsitz statt. Der „Reit Pariser“ er- klärt, daß die Hauptaufgabe der Konferenz die Befriedung der Friedensziele der Entente sei. „Echo de Paris“ verkündet, die Alliierten würden in der Verantwortung der Erklärung Hertlings und Gaerins ihre ge-

meinsamen Kriegsziele, die auf der Konferenz einigst und bindend festgelegt werden sollen, bekannt geben. — Clemenceau, Lloyd George und Orlando traten gestern vormittag zur Konferenz der Alliierten zusammen, die sich bis 11.45 Uhr ausdehnte. Am Nachmittag wird eine Resolution angenommen, die ab- gegeben von Clemenceau, Lloyd George und Orlando, die Alliierten in Frankreich, England, Italien und Amerika vereinigen wird. — Aus Paris wird weiter gemeldet, daß auf der Alliiertenkonferenz auch in der Richtung einer Entente-Ma- jorität-Armee verhandelt wurde.

Italien. Bei der fünften italienischen Kriegs- anleihe wurden bis zum 26. Januar 2075 Millionen Lire gezeichnet, wovon 1520 Millionen in bar. — Nach Berichten aus Mailand hat die Volkserhebung in Neapel sehr ernstlich auf sich geäußert. Seit 16. Januar herrscht bester Aufbruch. Militärtruppen so- tranillieren in den Straßen und nehmen dauernd Be- waffnungen vor. Vieles kam es zu Schlägereien zwischen Zivil und Militär, so daß zahlreiche Opfer zu verzeichnen sind. Am 21. Januar wurde über Neapel der Belage- rungsstand verhängt. Der gesamte Verkehr zwischen Rom und Neapel ist unterbrochen. Jeden Tag kommt es zu neuen politischen Kundgebungen.

England. Die „Daily Mail“ meldet, daß Lloyd George die Vertreter der Gewerkschaften empfangen, um ihnen anzukündigen, daß er gezwungen sei, seine für den 2. Februar vor den Gewerkschaften geplante Erklä- rung über die Friedensziele der Alliierten auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Weiter heißt es, Lloyd George beabsichtigt, die englischen Kriegsziele und Friedensbedingungen nunmehr in öffentlicher Sitzung im Dreibund bekannt zu geben und bei dieser Gelegenheit den englischen Staatsmännern anheimzustellen, durch Vermittelung einer neutralen Geländebank umgebung ihre Antworten zu geben. — Aus Dublin wird gemeldet, daß dort am 24. Januar ein Kongreß der irischen Nationalvereine abgehalten worden ist, um den Beschloßen wurde, an den Präsidenten Wilson die Auf- forderung zu richten, nunmehr endlich die Kriegsziele der Vereinigten Staaten mit denen seiner Bundesgenossen in Einklang zu bringen.

Deutschland.

— Nach ein kaiserliches Anworttelegramm. Der Präsident des Abgeordnetenhauses hatte an den Kaiser ein Geburtsstagestelegramm gerichtet auf das folgende Antwort einging: „Wärmsten Dank für die treuen Wünsche, mit denen Sie mich namens des Abgeordnetenhauses beim Beginn eines erneuten und entschlossenen Lebensjahres erfreut haben. Im Rück- blick auf das vergangene Jahr denke ich mit tiefer Dankbarkeit der neu ermüdeten Vorbeue, die den alten preussischen Kämpfern unter der Führung großer Feldherren zuteil geworden sind. Sie sind ermöglicht worden durch den Geist, den die Soldaten in dem großen Kriege und getreue Staatsmänner unter Waff in harter Schule erproben haben, und der die Grundlage für das treue Durchhalten der Heimat bildet. Es ist mein Wunsch, für dessen Erfüllung ich die Treue aller Vater- landsfreunde erwarte, daß dieser Geist unter in Fort und Tod konstantes Volk zu weiteren treuen und geschloffenen Kämpfern einige, bis der Sieg unserer Waffen und ein guter Frieden den Weg zu freier und sicherer Entfaltung einer reichen, geistigen und wirtschaftlichen Zukunft öffnet.“

— Eine halbamtliche Ansprache zur Streifbewegung. Die „Nord. Allg. Zeitung“ schreibt: „In Berlin und an einzelnen Stellen im Reich haben Arbeiter den jetzigen Augenblick zu dem Zwecke benutzt, durch Ueberlegung der Arbeit auf die Regierung einen politischen Druck auszuüben. Ein von den Streikenden in Berlin gebildeter Ausschuß hat Forderungen gestellt, die sich u. a. auch mit innerpolitischen Fragen befassen. Soweit sich darin ein Zweifel an der Entschlossenheit der Regierung ausdrückt, die von ihr zugelasenen Maßnahmen im Innern durchzuführen, geben sie von einer völlig falschen Voraussetzung aus. Was die gleichfalls in den Forderungen verbrieften Friedensver- handlungen in West-Vitowitz betrifft, so sind sich die streikenden Arbeiter vermutlich nicht darüber klar, daß ihr Verhalten zu dem Gegenteil dessen führen mag, was sie erreichen wollen. Statt die Verhandlungen über den Frieden zu fördern, erschweren und verschleppen sie diese, indem sie unsere Feinde in ihren Ansprüchen gegen unsere Unterhändler befestigen. Die Regierung, die in West-Vitowitz verhandelt, um zu einem Frieden zu gelangen, der die deutschen Lebensinteressen sichert, dabei aber ein freundschaftliches Verhältnis mit unseren bis- herigen Feinden möglich macht, wird sich durch beartige Kundgebungen von dem als richtig erkannten Wege nicht abbringen lassen. Sie muß vielmehr erwarten, daß die streikenden Arbeiter sich bei ruhiger Überlegung baldig von der Schädlichkeit ihres Verhaltens überzeugen und zu ihrer Arbeit zurückkehren, die für jeden eine bestige Pflicht für das Vaterland ist. Noch stehen wir in schweren Kämpfen. Jeder, der in der Heimat keine Arbeit vernachlässigt oder gar niederlegt, verfährt sich an unsere Brüder im Felde, die mit ihrem Blut unter den größten Anstrengungen und Gefahren den Feld abmehren, der es auf die Niederwerfung Deutschlands, auf die Vernichtung seiner wirtschaftlichen Stellung und damit auf die Verarmung des deutschen Volkes, also auch der deutschen Arbeiter- schaft, abgesehen hat. Das Pflichtbewußtsein, mit dem unsere Arbeiter sich bisher um das Volkswohl verdient gemacht haben und das sie in ihrer erdrückenden Mehrheit auch heute noch dem Vaterlande beweisen, wird das Seinige dazu beitragen, um die Streifbewegung baldig zum Ende zu bringen.“

Zur Streifbewegung

Schreibt die „Liberale Correspondenz“:

Wie bekannt, haben die kirchlich-und christlichen Arbeiterverbände gegen den Streik einschüßlichen Verbot eingeleitet. Die Generalkommission der freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften hat sich für „neutral“ erklärt, da die Bewegung auf rein politischen Vorgängen beruhe. Demzufolge sind auch in den von den Streikenden freigeschaffenen Aktionsausschüssen Abgeordnete der politischen Parteien der Unabhängigen und der alten Sozialdemokratie eingetreten. Die politischen Ziele der Bewegung gehen nach verschiedenen Richtungen. Wir wollen die Frage der Zulässigkeit des Streiks als politisches Kampfmittel ganz unerörtert lassen, jedenfalls muß man aber, um die Berechtigung seiner Anwendung zu beurteilen, die voraussichtliche Wirkung auf jedes einzelne der gesteckten Ziele ins Auge fassen. Hier kann es aber keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß der Sache des Friedens kein schlimmerer Dienst geleistet werden kann, als es durch eine gewaltsame Unterbrechung des wirtschaftlichen Lebens und Stilllegung der kriegerischen Betriebe geschieht. Derartige Mittel können nicht nur die kriegerische Verfolgung im parlamentarischen Sinne, deren Verhinderung man als Kampfmittel von Seiten der Streikenden vornehmen kann, sondern sie hindern auch die kampflose und erfolgreiche Verteilung des Vaterlandes, die trotz aller Friedenssteden von diesem und jenseits des Ozeans gerade immer noch von der Schwärze bedroht ist.

Es hat lange gedauert, bis die Herren Wilson und Lloyd George ihre Verhandlungen gegenüber Deutschland auf den Ton ihrer letzten Reden gemindert haben, und wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß sich die alte Schärfe und der alte Beringungswille bei ihnen wieder einstellen würde, wenn Deutschland sich selbst zum Kampfe unfähig machte. Und was Herrn Trotski anlangt, so sehen wir schon erst wieder aus dem schwachen Erwidern der Briefe gegen das für frei und unabhängig erklärte Finnland, daß den Bolschewikern als Selbstbestimmung nur das gilt, was sie selbst bestimmt haben und daß sie vor nichts zurückweichen, um ihren Machtwillen und ihre Gewaltpolitik durchzusetzen.

Die fortschrittliche Volkspartei ist mit den Sozialdemokraten Schiedsmannschaft in bezug auf inner- und außerpolitische Fragen der nächsten Zukunft ein gut Stück Weges gemeinsam gegangen, sie hat die feste Absicht, ihren für richtig erkannten Zielen auch weiter nachzugehen, aber sie lehnt es mit solcher Bestimmtheit ab, eine Gemeinsamkeit der Kampfpläne zu pflegen, wie sie jetzt zur Anwendung gelangt sind.

Wir vertrauen dem gesunden Sinne der Massen wie der Einsicht aller sich ihrer Verantwortung gegen das Vaterland bewußten Männer an der Spitze, daß sie so bald wie möglich eine Bewegung zurückdämmen, die lediglich den Feinden eines freien und unabhängigen deutschen Volkes zugute kommen kann. Demen draußen und denen im Innern.

*

Der bayerische Minister des Innern über den Streik. In der Kammer der bayerischen Abgeordneten führte Minister des Innern Dr. von Pretzsch aus: Seit Montag müssen wir über auch in Deutschland das Schauspiel erleben, daß Tausende von Arbeitern trotz ernster Ermahnungen Besonnenen und vaterländisch gelungener Führer zu einem Demonstrationstreik ausgetreten sind. Das Ereignis muß jeden wahren Freund des deutschen Volkes mit tiefem Gramme erfüllen und vom werden. Der verantwortliche Leiter der Reichsbahn hat erst in der vorigen Woche in klaren Worten dargelegt, daß Deutschland einen heiligen Frieden auf Grund einer Vertiefung mit den Feinden, einen Frieden ohne gewaltsame Annexionen, aber auch einen Frieden, der Deutschland seinen Bestand in der Heimat und in den Kolonien wahrt, zu schätzen bereit sei, einen Frieden, der unsere Unabhängigkeit und unseren Wohlstand sichert. Gaben bisher unsere Feinde eine ähnliche Erklärung abgegeben? Bei uns kann es angesichts derartiger Verhältnisse aber nichts anderes geben, als die Röhne aufeinander zu setzen und unseren Feinden nicht ihr Schicksal zu erfüllen, verzuß zu werden. In unserer

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anlagen auf bestimmt vorgedruckten Zügen oder Plänen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Pläne der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Für die herrliche T-Il-nahme, welche uns beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen bewiesen wurde, sagen wir herzlichen Dank. Tragarth, 30. Januar 1918. Die trauernde Familie **Beiner.**

Ein Schrebergarten wird zu pachten gesucht. Off u. „Schrebergarten“ a. d. Exp. d. Bl.

Bekanntmachung.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die während des Kalenderjahres 1917 in Geltung gewesenen **Stempelplachten** und **Wiederverträge** (einschließlich der Sachgebühren) bis zum Ablauf des Monats Januar 1918 pervertet werden müssen.

Die Verkürzung geschieht mittels **Placht** und **Wiederverträge**. Vorbrüche zu den Verkürzungen, und zwar zu solchen für Grundstücksplacht- oder Wiederverträge und zu solchen für Sachgebühren, werden bei den Hauptvollziehern, Sollkollern und Stempelverteilern unentgeltlich verabfolgt.

Besonders wird darauf hingewiesen, daß jetzt auch **Wiederverträge** und **Wiederverträge** stempelplachtig sind und daß die Steuerfälle zum Teil meistenteils Änderungen erfahren haben.

Das Nähere ergeben die Bestimmungen auf den Vorbrüchen.

Aufre und Entschlossenheit lag bisher die Wurzel unserer Kraft. Statt dessen haben plötzliche Kaufende von Vertrieben her und stellen aus keiner Demonstration die Absicht ein. Will dieser Zeit der Arbeiterschaft das getrieben, was die eigenen Söhne an der Kampfront aufgebaut haben? Wollen sie in einen Zustand zurückfallen, aus dem sie sich vielleicht erst in Jahrzehnten herausarbeiten vermögen? Wollen sie durch ihr Vorgehen den Krieg erst recht verlängern und den Friedensschluß erschweren? Sie verneinen auf das traurige Glied in Deutschland, dessen Beispiel abstrichens wertig muß. Wir können mit aller Gewißheit und mit Vertrauen dem Ende dieses Krieges entgegenblicken. Unsere Ernährung und Hoflieferungsfrage ist knapp, aber erträglich, die erstere besser als vor Jahresfrist. Unsere militärische Lage ist ausgeglichen. Wir sind allezeit Mannig genug, die Wünsche der Arbeiterschaft in einer andern Art entgegenzunehmen als auf dem Wege eines beratig gemeingefährlichen Treibens, wie es jetzt in die Wege geleitet worden ist.

Kriegsauslands-Gerichte in Hamburg-Altona. Am Dienstag ist für Hamburg-Altona und Wandsbek unter Führung des Art. 7 der preussischen Verfassung und der entsprechenden Bestimmungen der außerpreussischen Verfassung die Einberufung des Kriegsauslands-Gerichts vom stellvertretenden Generalkommando des 9. Armeekorps angeordnet worden.

Einberufung des Reichstages. Die sozialdemokratische Fraktion hat bei dem Präsidenten des Reichstages die sofortige Einberufung des Reichstages beantragt. Begründet wird dieser Antrag mit der unruhigen Lage, die durch die Streifbewegung geschaffen worden sei.

Der Berliner Streik.

Die streikenden Berliner Arbeiter — über deren Zahl die Anführer weit auseinandergehen, was ja erklärlich ist, da von Schicht zu Schicht die absolute Höhe wechselt — haben wie schon gemeldet einen Arbeiterrat aus etwa 250 Delegierten zusammengesetzt, der am Dienstag nachmittag im Gewerkschaftshaus tagte. Aus diesem Arbeiterrat ist wieder ein Aktionsausschuss gewählt worden, dem neun Arbeiter, eine Arbeiterin und drei sozialdemokratische Abgeordnete von jeder der sozialdemokratischen Fraktionen angehören. Dieser Aktionsausschuss hat versucht, sich mit dem Staatssekretär Wallat in Verbindung zu setzen, ist aber von ihm abgewiesen worden.

Zwischen ihm und dem Oberbürgermeister in den Marken den Mitgliedern des Aktionsausschusses verboten worden, weitere Sitzungen der Streikleitung zu veranstalten. Darüber hinaus hat der Oberkommandierende in den Marken die Abhaltung aller, auch bereits genehmigter Versammlungen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten, namentlich dem Streik, beschäftigen, bis auf weiteres verboten.

Infolge des Streiks konnten am Mittwoch mehrere Berliner Blätter nicht erscheinen, so das „Berliner Tageblatt“, die „Berliner Morgenpost“, die „Berliner Volkszeitung“, die „B. S. am Mittag“. Der „Vorwärts“ ist wegen eines Artikels über die Forderungen der Arbeiter verboten worden.

Keine Zunahme der Streiks in Berlin.

Die Streifbewegung in Berlin hat in Laufe des Mittwachs kaum zugenommen. Die Arbeiter der südlichen Gewerbe Berlin haben eine Beteiligung am Streik abgelehnt. Auch der Anfang des Streiks der A. G. d. B. hat bedeutend nachgelassen. Die Morgenblätter dürfen Freitag wieder alle erscheinen.

Magdeburg.

In Magdeburg ist die Zahl der Streikenden ungefähr die gleiche wie gestern geblieben, nur in einzelnen Betrieben ist eine ganz geringe Zunahme der Ausständigen zu verzeichnen.

Königsberg.

In Königsberg, sowie überhaupt im Bezirk des 19. Armeekorps ist von einer Streifbewegung bisher nichts zu bemerken, ebensowenig ist es zu irgendwelchen Demonstrationen gekommen. Das gleiche wird aus Dresden und Chemnitz berichtet.

Die Streiflage in Emden.

Die Lage in Emden hat sich gegen gestern nicht wesentlich geändert. In den meisten Staatsverwaltungen wird fast vollständig gearbeitet. In der Artilleriemerkat sind sich die Zahl der Streikenden, die gestern 3500-4000 betrug, erheblich verringert, ebenso in der Dienstleistung & Koppel W. G., wo gestern etwa 600 Arbeiter streikten. In anderen Betrieben des Streiks der A. G. d. B. sind hier zwischen 70-8000 Mann im Streik stehen. In der Eisenbahn wird in den Eisenwerken ebenfalls durchgängig gearbeitet. Die Belagerten der einzelnen Werke haben sich gegenüber der Streifaufhebung meist völlig abweisend verhalten und sich auf den Standpunkt der vom Kartellverband deutscher Gewerkschaften (der sogenannten Gelben) vertretenen Ansicht gestellt, der vor der Beteiligung am Streik warnt.

In London wurde, nach einer Meldung aus Kopenhagen, die Nachricht vom Streik mit heller Freude aufgenommen und dieses Ereignis durch Extrablätter mit der Überschrift: „Der Zusammenbruch der Mittelmächte“ betangetgeben.

Provinz und Amgegend.

† Weihenstephan, 31. Jan. Der deutschen Gesellschaft für Raumfragen-Erholungsheim wurden vom Kommerzienrat Rolke 10 000 Mark für das in Thüringen zu errichtende Erholungsheim gestiftet. In welcher unvorbestimmten Weise jetzt monatlich geschöpft wird, zeigt ein Einbruch in ein Haus der Weihenstephaner Straße, bei dem die sämtliche Raubwaren eines geschätzten Schwemmes gestohlen wurde. Aus einem gutgeübten unbewohnten Willensgrundstück räumten Diebe am hellen, hellen Tage einen eckernen Ofen unbedeckungslos hinaus. — Durch den Genuß von auswärts kommen Sünden sind einige Personen an Trichinose erkrankt, so daß die Polizeiverwaltung durch eine öffentliche Bekanntmachung vor weiteren Verbrauch warnt. — Wie aus der guten, alten Zeit klingt die Nachricht, daß eine hiesige Familie ihre vor Jahresfrist gemachte Erbschaft von einigen Tausend Mark schon seit über ein Jahr großes Reichthum in der hiesigen Wirtschaft aufbewahrt, so daß es dem Dienstmädchen leicht wurde, einen Tausendmarkschein zu hehlen. Der Ankauf von Schmuckstücken machte sie der Polizei verdächtig, die bei ihr von dem geraden Güte noch 800 Mark vorfand. Die Herrschaft war nicht wenig erstaunt, als die Gelbsumme wieder ausgehändigt wurde.

† Hamburg, 30. Jan. Die Jugendpflege-Konferenz des Städte- und Landvolkes Hamburg sahnte nach einem Vortrage des Sanitätsrates Dr. Lebens, hier über das Thema: „Hygiene des Entzündungsstoffes“ einen Beschluß, der dem Bezirksausschuss für Jugendpflege unterbreitet werden soll. Er geht dahin, daß eine regelmäßige gesundheitliche Überwachung der jugendlichen männlichen und weiblichen Jugend für dringend notwendig erachtet wird. Kräfte beim Angewandten und Lehrer sind zur Erfüllung dieser Pflichten beizugeben. Deshalb ist die Anstellung von Ärzten und Ärztinnen, namentlich für Fortbildungskursen anzuhängen, als Bedingung für die Landesversicherungsanstalt hieran ein großes Interesse mit haben, wird es für sehr wünschenswert erachtet, wenn von dieser Seite die Anstellung von Schulärztinnen materiell unterstützt wird.

† Bitterfeld, 30. Jan. Bei der in Delitzsch stattgehabten Landtagung von 1917 für den Reichstags-Bitschfeld-Bericht wurde der Vorsitzende des Reichstages verhandelt von deutschen Industriellen Landrat a. D. Koetger gewählt. Die Wahl ging im Zeichen des Burgfriedens vor sich.

† Könnern, 30. Jan. In einer öffentlichen Volksversammlung des Reichstages der Fortschrittlichen Volkspartei unterbreiteten Berlin in launig sprach unter dem Vorsitz des Reichstages-Bitschfeld-Bericht wurde der Vorsitzende des Reichstages verhandelt von deutschen Industriellen Landrat a. D. Koetger gewählt. Die Wahl ging im Zeichen des Burgfriedens vor sich.

† Schmidt, 31. Jan. Eine große Freude wurde dem Hermann Müllerschen Ehepaar in Kammer an der. Von ihm sind acht Söhne, drei Stiefkinder und zwei Enkel am Weltkrieg beteiligt; davon haben bereits zwei Schlachtfelder den Heldentod erlitten, ein Sohn ist als Leibeserben erlitten. Der Verlust des Vaters sollten alle Angehörigen des Militär, welche sich auch alle in Feindesland befinden, zu gleicher Zeit beurlaubt werden. So hatten sich zum Jahreswechsel neun Soldaten in der Heimat eingefunden. Dieser Tage erhielt Müller ein eingehendes Bild des Vaters als Soldat und Soldat. † Grottel, 30. Jan. Am Montag morgen ist die erst vor einigen Tagen mit einem Selbstmord von 2000 M. erbaute Beton-Allerbrücke zwischen unserem Orte und dem Bahnhofe Döbeln über die Elbe-Göhrke-Brückenbrücke eingestürzt.

Druck und Verlag von Th. Köhner in Weierberg, in Weierberg. Verantwortlicher Redakteur Franz Köhner

Kleinere Risten sind zu verkaufen **Hotel Sonne.**

Guterhalt. Sport- u. Liegewagen zu kaufen gesucht. Offerten unter „Räderwagen“ bitte abzugeben in der Exped. d. Bl.

Ruhe der Bahn möbl. Zimmer m. 2 Betten 1 Bett frei) sofort zu vermieten. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Kaufe jedes Quantum Zeitungspapier.

W. Wittenbecher, Reumarktstr. 1.

Posten der 1. u. 2. Baumfelder Str. ist ein 11 Wohnhaus mit Zentrif., Stall, Hof, Garten und eine Baugrube ist vorhanden. 1-6 000 M. zu verkaufen. Näb. h. A. Wiesend, Müll. 11. 8

2 geb. Regulier-Gärten, 1 Gagenofen, Rodröhren, Gmatote-Rohrleitene zu verkaufen. Grottelstr. 41.

Fahrrad. wenn auch ohne Gummi, sofort zu kaufen od. zu verkaufen. 10. Ein gebrauchtes, noch gut erhaltenes

Klavir. zu kaufen gesucht. Off. unter M H 83 an die Exped. d. Bl.

Yerner wird an die Verfertigung zur Verfertigung der Automaten und Musikwerke und zur Erneuerung der Jahreskarten erinnert.

Die Erneuerung der Karten hat für das Kalenderjahr 1918 bis zum Ablauf des Monats Januar 1918 zu erfolgen. Wer. 1918, 21. Dez. 1917. Königsliche Sollamt.

Gut Nr. 5 in Schrotta bei Grottel, 24 u. 150 M. Acker inkl. 24 M. Acker, sehr guten Getreiden, Vieh und Inventar, sofort zu verk. Anzähl. 40 000 M. A. Landmischbach will event. mit in Abt. genommen. Näheres

G. Pauls, Halle, Zent für 3 Schlafstellen offen

Kranstraße 14. Exped. d. Bl.

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,90 Mk.; bisch den Boten frei ins Haus 2,10 Mk.; durch die Post 2,50 Mk. einchl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 2,40 Mk. Einzelnummer 10 Pf.

—: Geschäftsstelle: Delgrube 9. —:
—: Fernsprecher Nr. 324. —:

Anzeigenpreis: Für die einpaltige Zeile oder deren Raum 80 Pf., im Restameteil 75 Pf., Chiffreanzeigen und Nachschaltungen 20 Pf. mehr. Nachdruck ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Akademie: 9 Uhr normiertags.

Nr. 27

Freitag den 1. Februar 1918

44. Jahrg.

Der erste planmäßige Luftangriff auf Paris. — Rege Gefechtsfähigkeit in Italien.

Der Streikwahn.

Die Streikbewegung in Groß-Berlin hat auch im Reich die gleiche Ausdehnung angenommen. Das ist insofern psychologisch erklärlich, als jeder Streikbewerber bei den Massen auf eine gewisse fuggelnde Wirkung rechnen kann. Aber gerade deshalb erwächst für die leitenden Organe der öffentlichen Meinung, soweit ihnen die Möglichkeiten gegeben ist, zu der Bevölkerung zu sprechen, die größte Pflicht, auf den Wahn in der gegenwärtigen Ausnahmestellung hinzuweisen. Es handelt sich ja jetzt um gar keine organisierte Lohnbewegung, die politische Demonstration geht von ganz falschen Voraussetzungen aus, und der Beweis dafür, daß die Folge eines allgemeinen Ausstandes den Wünschen der Streikenden direkt entgegensteht, wäre, liegt ja vor Augen. Nach dem was wir bei der Schwere der am aller schlimmsten. Unsere feindlichen Kräfte müssen sich unter Umständen mit ihrem Blute bezahlen. Schon hat offenbar der Vorzug in Österreich den Feind an der italienischen Front zu einer neuen Offensive ermutigt, und es ist klar, daß die Kampfkräfte unserer westlichen Feinde eine unangenehme Schwächung erfahren, wenn sie in der eigenen Bevölkerung des deutschen Charakters in der deutschen Streikbewegung den besorglichen Aufschwung des deutschen Volkes sehen können nur unangenehm durch den Streikwahn beeinflusst werden. Trotz muß es darin geradezu zu etwas wie einer Rechtfertigung seiner Theorie gehen, und es wird nun in der Räumungsfrage sich erst recht widerspenstig zeigen; hofft er doch durch ein Sprengen des russischen Revolutionsherdes an die deutsche Grenze um so härter auf unsere Bevölkerung in revolutionären Sinne einwirken zu können. Das sollten sich alle Arbeiter überlegen, und es wird ihnen danach nicht schwer werden, zu begreifen, daß für sie nicht nur eine Pflicht zur Arbeit besteht, sondern daß ihnen auch die höhere Aufgabe erwächst, während auf ihre Kameraden einzuwirken.

Innerspolitisch liegen die Dinge so, daß bei einem allgemeinen Streik nur die Extreme gewinnen. Der verfallene Sozialdemokratie kann es natürlich nur recht sein,

Der Weltkrieg

Die Zukunft der deutschen Kolonien nach englischem Ausblick.

Am Schluß der Rede des Generals Smuts in der Gewerkschaften Gesellschaft sagte er über die Zukunft der deutschen Kolonien:

Selange Deutschland keine Anschauungen nicht ändert und kein militärisches System nicht ein für allemal aufgibt, wird der Selbstherrschungsdrang der übrigen Völker sie veranlassen, dagegen anzukämpfen. Der preussische Militarismus soll wieder auf dem Kontinente noch auf dem Meer gebunden werden. Die eroberten deutschen Kolonien werden als Garantien für die Sicherheit des kommenden Weltfriedens an Deutschland nicht zurückgegeben werden. Diese Ansicht, davon bin ich überzeugt, wird von der großen Masse der jungen Nationen, die die Dominions bilden, geteilt. Diese haben keine militärischen Ziele oder irgendwelchen militärischen Ehrgeiz. Ihr Ziel ist ausschließlich ein friedliches. Sie haben freiwillig an diesen Kampf teilgenommen und ihrer Mitwirkung ist es in der Hauptsache zu danken, daß das deutsche Kolonialreich vernichtet und somit der Ausdehnung des deutschen Militarismus ein Ende gemacht ist.

Man darf die jungen Nationen nicht übersehen, daß sie der Zurückgabe der Kolonien an das militärische Deutschland zustimmen. Hinter der Substanz einer neuen Monroe-Doktrin werden wir eine neue friedliche Welt aufbauen.

Einigen Völkern und Ostlands um deutschen Schutz.

Wie „Stockholms Tidningen“ berichtet, erschienen am Montag Vertreter der holländischen und estländischen Ritterschaft und Landschaft beim Stockholmer Vertreter der russischen Regierung, der mehrfach anerkannt hat, daß die mit Russland vereinigten nicht-russischen Gebiete des Nordes haben, selbständig im politischen und wirtschaftlichen Leben zu regeln und sich sogar völlig von Russland loszulösen, und erklärten als die verfassungsmäßigen Vertreter von Ostland und Estland, für sich das Recht im Anspruch zu nehmen, mit allen Mächten Verträge über die Zukunft des Baltischen Ostlandes zu schließen. In der Begründung heißt es u. a.: In ihrer Entscheidung, sich von Russland zu trennen, stützen sich die Ritterschaften nicht nur auf das ihnen zustehende unanfechtbare Recht der Vertreibung des Landes, sondern auch auf den unabweislichen vorhandenen Wunsch des Volkes der von ihnen vertretenen Länder; haben doch die Vertreter aller Stände und Landgemeinden, die auf breiter demokratischer Grundlage gewählt wurden, am 28. November 1917 die Selbstständigkeit Ostlands und Estlands erklärt, auch eine ganze Reihe anderer Körperschaften, Vereine und anderer Organisationen die Loslösung Ostlands und Estlands von Russland verlangt.

Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß die holländische und estländische Ritterschaft in voller Übereinstimmung mit den Wünschen der örtlichen Bevölkerung handelt, indem sie die Selbstständigkeit Ostlands und Estlands erklärt. Sie zweifeln nicht daran, daß die republikanische Regierung Russlands, die das freie Selbstbestimmungsrecht aller mit Russland vereinigten nicht-russischen Völker anerkannt hat, ihren Prinzipien treu bleiben und es nicht ablehnen werde, den unumstößlichen Befehl der Loslösung Ostlands und Estlands anzuerkennen. Die wiederholten Nachschüsse seitens der gestillten Selbstherrlichkeit und die zahlreichen Verletzungen der Landesrechte, die von der republikanischen Regierung Russlands zugelassen worden sind, haben das Land in eine verzweifelte Lage gebracht und es der Möglichkeit beraubt, sein nationales Geschick frei zu regeln. Die gesetzlichen Vertreter des Landes sind daher gezwungen, sich auswärts nach Schutz umzusehen und Garantien für ihre Landesrechte zu suchen. Die in-

ländische und estländische Ritterschaft hat deshalb den Beistand gesucht, sich mit der Bitte um Schutz an das Deutsche Reich zu wenden, was sie hiermit dem Vertreter der russischen Regierung mitteilen. Dieser Beistand ist gleichzeitig mit der Abgabe der vorliegenden Erklärung zur Kenntnis der deutschen Regierung gebracht worden.

Von der Westfront

Keine besonderen Nachrichten vor.

Der Luftkrieg.

Zum neuesten Angriff auf London

meldet Reuters amtlich: Feindliche Flugzeuge überflogen Dienstag 11 Uhr die Küste von Essex und Kent, einige Minuten später bis London vorzudringen, was ihnen nicht gelang. Nur ein einzige Maschinen der Hauptstadt konnten sie Bomben abwerfen. Die Luftangriffe waren bei der Abreise dieses Berichtes noch im Gange. Bei dem Angriff am Montag wurden 14 Männer, 17 Frauen, 16 Kinder getötet, 93 Männer, 69 Frauen und 117 Kinder verwundet, alle mit Ausnahme eines Toten und 7 Verwundeten in der Hauptstadt. Der militärische Schaden ist nicht bekannt, mussten eine große Menge, die vor dem Angriff einen Luftschutz suchten, totgebracht.

Weiter meldet Reuters am 29. Januar:

Gestern hat ein Luftangriff stattgefunden, der länger als alle bisher ausgeführten war. Er dauerte in ununterbrochen fünf Stunden bei hellem Mondlicht, brechen fünf Stunden bei hellem Mondlicht, wolkentem Himmel und Windstille. Das Geschick der englischen Flieger, die mit den Angreifern kämpften, veranlaßte Bauern von westlicher Dauer. Dann brach das Feuer wieder von neuem aus, wenn wieder eine neue Gruppe von Maschinen erschien.

Auf den übrigen Landkriegsschauplätzen

haben sich keine größeren Kampfhandlungen abgepielt.

Über die schweren Kämpfe in Italien berichtet die österreichisch-ungarische Heeresleitung im Sinne des deutschen Heeresberichts.

Die russische Pressekorrespondenz meldet: Sämtliche der Petersburger Garnison angehörende Soldaten armenischer Nationalität sollen nach Tarsisch-Armenien abtransportiert werden. Die walgarische Regierung beschließt, die russischen Truppen aus Tarsisch-Armenien zurückzuziehen.

Vom Seekriege.

Neue stattliche U-Boot-Deute.

Reuters meldet amtlich:

Der Transportdampfer „Aragon“ (9588 Br.-Reg.-T.) (Royal Mail) wurde am 30. Dezember 1917 im östlichen Teile des Mittelmeeres torpediert und zum Sinken gebracht. Ein britischer Torpedojäger wurde, als er damit beschäftigt war, die Überlebenden aufzufinden, ebenfalls torpediert und versenkt. Wie bereits im Communiqué vom 7. Januar mitgeteilt wurde, ist das Hilfskriegsschiff „Domanie“ (4041 Br.-Reg.-T.) (Royal Mail S. S. Comp.) am 31. Dezember 1917 an ungeklärter Stelle auf eine Mine gelaufen und gesunken. Die Besatzung des Dampfers „Aragon“ hat 4 Schiffsoffiziere, darunter der Kapitän, 15 Mitglieder der Besatzung, 10 Armeedepotiere und 31 Mann ums Leben gekommen; mit dem Dampfer „Domanie“ 3 Schiffsoffiziere, darunter der Kapitän, 21 Mitglieder der Besatzung, 1 Armeedepotier und 166 Soldaten und 8 Pflanzgenossen. Von diesen beiden Schiffen war in der Utechausführung vom 28. Januar die Rede.

Reuters meldet aus London amtlich: Die britische Admiralität teilt mit: Das bewaffnete Ozeanischiff „Mechanician“ wurde torpediert und ist dann am 20. Januar im Kanal gesunken. Es wurde vollständig versenkt. Drei Offiziere und zehn Mann kamen um.

